

# Volksentscheid über den Young-Plan?

## Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes

Im Einvernehmen mit der gesamten Reichstagsfraktion hat in seiner Sonnabend-Sitzung der Vorstand der DNVP. einstimmig beschlossen:

Die Einleitung und der Ausgang der Pariser Reparationskonferenz, die verwerfliche Einflußnahme heimischer Kreise, insbesondere der Regierung auf die deutschen Sachverständigen, sowie die Absicht des jetzigen Kabinetts, unter das unerträgliche Ergebnis der Verhandlungen eine unentlösbare deutsche Unterschrift zu setzen, stellt einen Vorgang dar, der zu den verhängnisvollsten der deutschen Geschichte gehört. Demgegenüber ist es die Pflicht aller derjenigen, die sich den klaren Blick für die Wirklichkeit der Dinge und ihren deutschen Willen bewahrt haben, alle, aber auch alle Mittel zu versuchen, die etwa noch geeignet sein könnten, das Inkrafttreten des neuen Vertrages zu verhindern.

Es wird daher die Aufgabe aller derjenigen sein, die bereit sind, dadurch ihre ernsthafte und wirkliche Gegnerschaft gegen den neuen Akt der Verklavung zu betonen:

auf Grund des Art. 72 der Verfassung im Reichstage den Antrag zu stellen, die Verkündung des beabsichtigten Genehmigungsgesetzes auf zwei Monate auszufristen.

Die DNVP., die sich dabei nicht als Partei, sondern als Glied und stärkste parlamentarische Vertretung der nationalen Bewegung fühlt, wird einen solchen Antrag gemeinsam mit allen, die es wollen, im Reichstage stellen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit,

den Weg für ein Volksbegehren freizumachen, das unser deutsches Volk selbst vor die Frage stellt, ob es Kinder und Kindeslinder um eines einmaligen Zinsengerichtes willen in Notklaverei und Würdelosigkeit stoßen will.

Sollte es nicht gelingen, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für dieses Volksbegehren zu schaffen, so werden wir, gemeinsam mit allen Gleichgesinnten, ein Volksbegehren einbringen, das den Widerruf der Kriegsschuldfrage ausdrücklich vorschreibt

— der erprehten Grundlage aller Zwangsdiktate und uns abgenötigten Verträge.

### Die Gründe:

Die deutschen Zusagen in Paris sind unerfüllbar.

Die deutsche Wirtschaftsblanz ist seit 1924 passiv. Die Tributleistungen und die Einfuhr fremder Lebensmittel werden aus geborgtem Gelde bezahlt, belasten

unser Volk mit wachsenden Schuld- und Zinslasten und richten die heimische Wirtschaft, namentlich die Landwirtschaft, zugrunde.

Weiterführung der Schuldenpolitik bedeutet Gefährdung der Währung und völlige Preisgabe unserer wirtschaftlichen und politischen Zukunft. Wird dieser Weg weitergegangen, so ist der völlige Verlust unserer politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit sicher.

Dieser Preisgabe der deutschen Zukunft steht lediglich die vorübergehende Entlastung des Reichshaushaltes um einige hundert Millionen gegenüber. Diese Entlastung genügt in Wahrheit nicht einmal, um die vorhandenen Fehlbeträge im Reichshaushalt und bei der Reichsbahn zu decken. Die Pariser Tribute sind genau so unerfüllbar wie die Dawestribute. Der Wegfall des Wohlstandsindex, der ein Hauptargument der offiziellen Propaganda bildet, ist also ohne jeden Wert. Die Lockerung der fremden Kontrolle erhöht die Schwere der deutschen Verantwortung.

Den kaum fühlbaren vorläufigen Erleichterungen gegenüber sind in Paris die sichtbarsten Erschwerungen der deutschen Lage übernommen worden: Die Tributpflicht ist um mehr als ein Menschenalter verlängert. Während sie nach dem Versailler Diktat 31 Jahre lang dauern sollte, ist sie jetzt bis zum 70. Jahre seit dem sogenannten Friedensschluß ausgedehnt.

Die Tribute waren bisher in deutscher Mark zu zahlen. Künftig müssen sie in fremder Währung bezahlt, das heißt die nötigen Devisen müssen gekauft werden.

Auf die Anrechnung der nach mäßiger Berechnung bereits über 50 Milliarden betragenden deutschen effektiven Leistungen ist ausdrücklich verzichtet.

Der Währungsbruch, der im Dawesplan zugesagt war, ist teils aufgegeben, teils entwertet.

Die Kommerzialisierung, das heißt die Umwandlung in eine Kapitalschuld, würde jede Hoffnung auf Ermäßigung der kapitalisierten Summe zerstören. Zudem eröffnet sie den Weg, um die fremden Staatsschulden auf das deutsche Volk überzumwälzen.

Ueber das Versailler Diktat und den Dawesplan hinaus ist ein neuer Verpflichtungsgrund in den Vertrag hineingenommen worden, nämlich die Übernahme der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten.

Sollten die Vereinigten Staaten Schuldennachlässe gewähren, so kommen sie Deutschland nach den Pariser Verhandlungen nur in höchst verkürztem Maße zugute. Ein völlig grundloser Sonderanspruch Belgiens ist neben dem Pariser Plan anerkannt worden.

# Beeinflussungen der Sachverständigen?

Der „Montag“, die Sonntagnachtausgabe des „Berliner Vol. Anz.“, bringt die Meldung, daß der Reichskanzler Müller unter Zustimmung des Reichskabinetts an die deutschen Sachverständigen in Paris einen Brief geschrieben habe, in dem er den Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck brachte, den Youngplan unter Hintanhaltung wirtschaftlicher Erwägungen anzunehmen. Das Blatt folgert daraus, daß die Reichsregierung trotz aller Abschwächungen einen Druck auf die deutschen Sachverständigen ausübt und diese zur Unterzeichnung eines Planes veranlaßt hat, von dessen wirtschaftlicher Undurchführbarkeit die Reichsregierung selbst überzeugt war.

### Amtliche Ablehnung

Berlin, 17. Juni. Zu der Mitteilung des „Montag“, wonach der Reichskanzler mit Zustimmung des Reichskabinetts an die deutschen Sachverständigen in Paris ein Schreiben gerichtet und darin den Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht habe, den Youngplan unter Hintanhaltung wirtschaftlicher Erwägungen, anzunehmen, wird von Berliner zuständiger Stelle erklärt, daß, wenn der Reichskanzler einen Brief geschrieben habe, dieser nicht in dem vom „Montag“ angeführten Sinne gehalten sein könne. Es wird u. a. auf eine Erklärung des deutschen Sachverständigen Kahl hingewiesen, der noch während der Konferenz gegenüber andersartigen Darstellungen in der Presse erklärt habe, daß die Reichsregierung die deutschen Sachverständigen in ihren Entscheidungen in keiner Weise beeinflusst habe.

Das Vorhandensein eines Briefes des Reichskanzlers an die deutschen Sachverständigen wird nicht bestritten. Eine Mitteilung über den tatsächlichen Inhalt des Briefes steht aber noch aus.

### Lob der Arbeit der deutschen Sachverständigen

Berlin, 17. Juni. Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses Owen Young hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Bevor ich mich neuen Aufgaben widme, möchte ich von meinem letzten Vorrecht als Vorsitzender des Sachverständigenausschusses Gebrauch machen und von der gründlichen und gewissenhaften Arbeit der Herren Schacht, Böglers, Kahl und Melchior in unserem Komitee Zeugnis ablegen. Wir bedauern den Verlust Dr. Böglers, in dessen wurde seine Arbeit unvergänglich von Herrn Kahl ausgenommen und zu Ende geführt. Niemand konnte klarer und wirkungsvoller die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse darlegen als Dr. Schacht, niemand konnte das Reparationsproblem mit größerer Sachkunde hinsichtlich

aller seiner Seiten behandeln als Dr. Kahl und Dr. Melchior. Ich sehe die Arbeit der deutschen Gruppe als einen überragenden Beitrag zur Regelung einer der schwierigsten Aufgaben unserer Zeit an. Hochachtungsvoll Owen Young.

### Um die Räumung.

#### Französische Quartierereien.

London, 17. Juni. Wie Pertinax im „Daily Telegraph“ berichtet, habe die französische Regierung ihre Forderung auf Einsetzung eines ständigen Kontrollausschusses im Rheinlande nicht aufgegeben. Eine schwierige Frage werde in den kommenden Verhandlungen die Privatisierung eines Teiles der deutschen Schuldverpflichtungen sein. Die Tatsache, daß die deutsche Reichsanleihe von 500 Millionen Mark kürzlich mit einem Mißerfolge endete, habe in dieser Hinsicht einen ungünstigen Eindruck hinterlassen. Der Anleihegeschäftsschlag werde so ausgelegt, daß der deutsche Kredit gegenwärtig nicht sehr gut sei und einige Zeit vergehen müsse, bevor es praktisch möglich sei, die deutschen Obligationen auf den Markt zu werfen. Auf der anderen Seite habe Poincaré Parler Gilbert gegenüber stets betont, daß keine Räumung stattfinden könne, bevor die Privatisierung der deutschen Schuld sehr weit vorgeschritten sei. Bis zu welchem Ausmaß Poincaré unter den neuen Umständen seine Ansicht geändert habe, sei im Augenblick nicht bekannt. Poincaré und Briand scheinen jedenfalls in engerer Übereinstimmung zu sein, als zu irgendeiner anderen Zeit.

### Der „Quotidien“ für Rheinlandräumung.

Paris, 17. Juni. Der „Quotidien“ setzt sich erneut für die Räumung des Rheinlandes ein, da Frankreich mit der Befestigung keine wirkliche Garantie finde. Die Befestigung sei ein Keim des Hasses und ein unüberwindliches Hindernis für jede dauernde Annäherung zwischen den beiden Völkern. Diese Ueberzeugung sei jedoch nicht die der Mehrheit der Parlamentsmitglieder. Aber kein ernst zu nehmender Mensch könne daran denken, auf dem Dawesplan zurückzukommen. Frankreich müsse heute versuchen, die größten Vorteile aus dem Youngplan zu ziehen und dürfe sein Ergebnis nicht durch unzeitgemäße Eile gefährden.

### Die französischen Ozeanflieger in Le Bourget gelandet.

Die Ozeanflieger Assolant, Lefèvre und Lotti sind am Sonntagabend 8.44 Uhr mit ihrem „Gelben Vogel“ und dem „blinden Passagier“ Arthur Schreiber aus Portland, wohlbehalten in Le Bourget, dem Pariser Flughafen eingetroffen.

### Der Flug des „Gelben Vogels“

Paris, 17. Juni. Die französischen Ozeanflieger

Assolant, Lefèvre und Lotti, wurden bei ihrer Landung in Le Bourget am Sonntagabend vom Luftfahrtminister Laurence Eynak, begrüßt. Lotti erklärte den Zeitungsberichterstattern, daß der Start in Amerika einigermaßen schwierig gewesen sei. Eine viertel Stunde nach dem Start habe man den „blinden Passagier“, Schreiber, entdeckt gehabt, der sich gerade an der Stelle im Apparat versteckt gehabt hätte, an der die Drähte für die verschiedenen Steuern angebracht seien, die leicht hätten beschädigt werden können. Nach anfänglichem Zorn seien sie aber, in Erinnerung an ihre herzliche Aufnahme in Amerika anderen Sinnes geworden und hätten den jungen Amerikaner als ihren Fahrgast betrachtet. Das Wetter sei während der ganzen Ueberfahrt ungünstig gewesen. Immer wieder hätten Gewitter umflogen werden müssen. Nach dem 45. Breitengrad hätten sie beschlossen, die Dampferoute aufzugeben, um an den Azoren vorbeizufliegen. Bößlich seien sie in ein Gewitter geraten, und hätten einen phantastischen Flug in 800 und 900 Metern Höhe gemacht. Der „Gelbe Vogel“ hätte zwar die französische Küste erreichen können, sie hätten es jedoch vorgezogen, vor Tagesende auf dem Festlande niederzugesinken.

### Neueste Nachrichten.

#### Ehrgang Dr. Kahls.

Berlin, 17. Juni. Die Reichstagsausschüsse für die Strafrechtsreform und für die Rechtspflege, deren Vorsitz Dr. Kahl führt, haben dem Jubilar neben einem Blumentorb folgende Adressen überreichen lassen: Unserem hochverehrten langjährigen Vorsitzenden Dr. Wilhelm Kahl bringen wir im Namen des Ausschusses des Reichstags für Rechtspflege und für den Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches die wärmsten Glückwünsche für Vollendung des achtzigsten Lebensjahres. Viele Jahre hindurch haben Sie dem Wohle des Vaterlandes, der Wissenschaft und den Arbeiten des Reichstages Ihre Kraft gewidmet. Wir sprechen den Wunsch und die Hoffnung aus, daß Sie in gleicher Frische wie bisher uns noch viele Jahre erhalten bleiben. gez. Dr. Bell. Ministerpräsident Braun hat ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm an Geheimrat Kahl gerichtet.

### Ein deutsches Flugzeug in der Tschechoslowakei festgehalten.

Prag, 17. Juni. Unweit Schüttenhofen ist am Sonnabend nachmittag ein reichsdeutsches Flugzeug mit drei Personen, und zwar einem Piloten, einem Ingenieur und einem Studenten notgelandet. Da die Flieger eine Filmapparate und einen Photographenapparat bei sich hatten, wurden sie von der Bezirksverwaltung vorläufig festgehalten. Aus Prag hat sich ein Offiziersausflug nach Schüttenhofen begeben, um die Untersuchung einzuleiten. Nach einer Mitteilung des Gemeindefamens von Schüttenhofen, ist die Nachricht von der Beschlagnahme eines notgelandeten reichsdeutschen Flugzeuges insofern falsch, als es sich nicht um einen Flugapparat, sondern um einen Freiballon handelt, der in Schwarzenberg aufgestiegen war. In diesem befand sich Oberingenieur Prem als Führer. Dr. Baumgärtel und Gohmeier. Die Meldung, daß bei der Besatzung Photoapparate gefunden wurden, bestätigt sich. Die Besatzung sei im Hotel in Schüttenhofen untergebracht und werde nach Beendigung der Untersuchung weiterfahren. Zu einem Spionageverdacht sei vorläufig kein Grund vorhanden. Die hiesigen Behörden sind anscheinend durch die Spionagefälle der letzten Wochen sehr nervös geworden und nur ungern bereit, auf Anfragen Auskunft zu erteilen.

### Ein bemerkenswerter Altertumsfund.

Malmö, 17. Juni. Nach Meldungen aus Wisby ist auf der Insel Gotland ein bemerkenswerter Altertumsfund gemacht worden. Es handelt sich um ein etwa 2 1/2 Meter langes Kanu, in dem ein Skelett lag. Daneben fand man ein etwa 75 bis 80 Zentimeter langes Bronzeschwert. Das Kanu war aus einem ausgehöhlten Eichenstamm gefertigt. Ueber dem Skelett lag eine Eisenplatte. Der Griff des Bronzeschwertes ist abgebrochen, die Klinge ist ganz. Man schätzt das Alter des Fundes auf etwa 2000 Jahre.

### Zu den Unruhen in Limoges. — 62 Polizeibeamte schwer verletzt.

Paris, 17. Juni. Die amtlichen Nachforschungen nach den Urhebern der Unruhen in Limoges, im Anschluß an das gegen die Mörder Baratauds gefällte Urteil, haben ergeben, daß zwei Familien aus den Nestern ihrer Wohnungen siedendes Wasser auf die Polizeibeamten gegossen haben. Diese Familien werden zusammen mit den übrigen 38 Verhafteten abgeurteilt werden. Nach den letzten Berichten sind im ganzen 62 Polizeibeamte teils schwer verletzt worden. Schwere Kraftwagenunfall des österreichischen Gesandten in Washington.

Newport, 17. Juni. Von einem schweren Kraftwagenunfall ist die Familie des österreichischen Gesandten betroffen worden. Der Gesandte, der seinen Wagen selbst steuerte, versuchte in Virginia einem anderen Kraftwagen auszuweichen. Dabei stürzte sein Wagen von der Böschung ab. Die Frau des Gesandten trug Rückenverletzungen und Brustquetschungen davon, während die siebenjährige Tochter einen Bruch des Fußknöchels erlitt. Der Gesandte, sein Sohn und ein mitfahrendes Dienstmädchen blieben unverletzt. Während die Gattin des Gesandten in ihre Wohnung überführt wurde, sand die Tochter Aufnahme im Kinderkrankenhaus.

### Klage gegen Habib Ullah vor dem Haager Internationalen Gerichtshof.

Budapest, 17. Juni. Der Budapest Kaufmann Andreas Kampos, der 20 Jahre in Afghanistan gelebt und sich dort ein großes Vermögen erworben hatte, ist nach Budapest zurückgekehrt. Während der Kämpfe hatte er sich unter den Schutz der englischen Gesandtschaft begeben, verlor aber sein ganzes Vermögen, das von Habib Ullah beschlagnahmt wurde. Kampos hat nunmehr beim Haager Internationalen Gerichtshof Klage eingereicht.

